DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

SPIEGEL *Titel*

„Wenn das alles rauskommt . . .“

Die Affäre um den Bundestagspräsidenten Barzel hat nicht nur den zweiten Mann des Staates ins Zwielicht gerückt. Die Flick-Unterlagen enthüllen, in welchem Ausmaß der Konzern in Bonn mitzuregieren versuchte: Fast die gesamte erste Politiker-Garnitur steht in den Listen der Firma – von Kohl über Strauß bis Genscher.

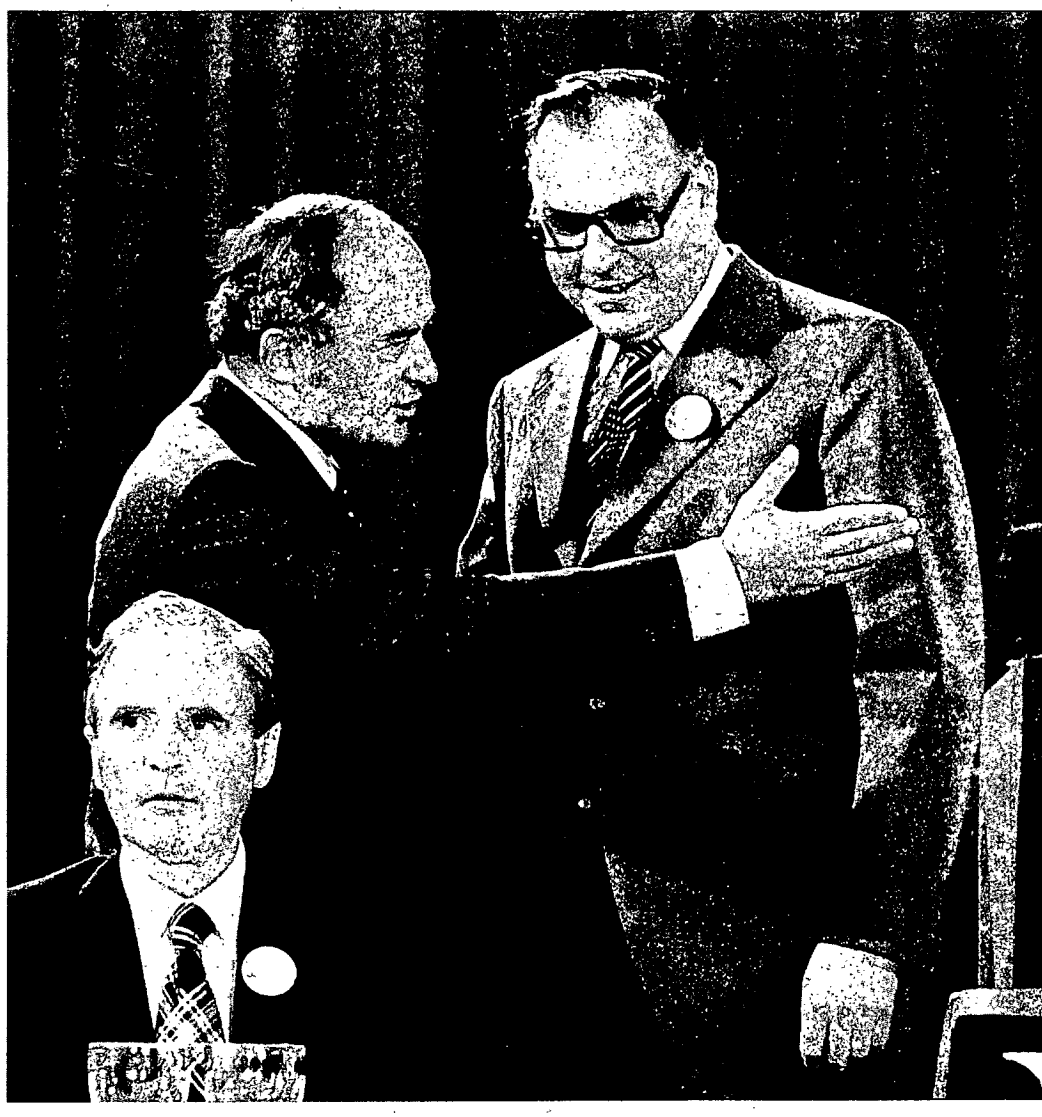
Das Schriftstück galt als außerordentlich brisant, es wurde in nur wenigen – numerierten – Exemplaren ausgefertigt.

„Ich wäre Ihnen dankbar“, schrieb Eberhard von Brauchitsch, der persönlich haftende Gesellschafter des Flick-Konzerns, am 15. Januar 1981 in einer Notiz „persönlich – unter Umschlag“ an die damaligen Flick-Gesellschafter Klaus Götte und Hanns Arnt Vogels, „wenn wir – wie in der Vergangenheit – so verfahren könnten, daß Sie nach Studium des Berichtes diesen vernichten und auf mein Panzerschrankexemplar jederzeit zurückgreifen.“

Beigefügt waren „die Exemplare II und III des sogenannten Tätigkeitsberichtes 1980 des Büros Bonn“.

Auf sechs Schreibmaschinenseiten hat die Flick-Filiale Bonn – firmeninterner Titel: „Politische Stabsstelle der Geschäftsführung“ – darin zusammengestellt, was sie im Wahljahr 1980, als der Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß gegen Helmut Schmidt antrat, so alles getrieben hat.

„Vor allen ‚psychologische Beihilfe‘ im Wahlkampf und Argumentationshilfe haben uns ‚gute Freunde‘ für die neue Legislaturperiode gesichert“, heißt es da. Als „Beispiele politischer Einflußnahmen“ werden aufgeführt: „Argumentative Begleitung des Wahlprogramms der CDU/CSU“; „Koordinierung von ‚wahltaktischen‘ Einzelfragen mit CSU-Landesleitung und CSU-Büro Bonn“. Auch im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, das massiv für die Unionsparteien warb, waren die Flickmänner vertreten. „Mitwirkung bei Erklärung zur Bundestagswahl“; „Durchsetzung einer Streichung in Aufruf zu



CDU-Chef Kohl, Vorgänger Barzel 1973*: Den Weg nach oben freigeschaufelt

* Auf dem Parteitag in Bonn; vorn Karl Carstens.

ERICH BÖHME

wg. Dr. Kohl

Es muß wieder ehrlicher zugehen in Deutschland, bescheiden und wahrhaft.

Rainer Barzel 1982

Rainer Candidus Barzel, der gescheiterte Kanzleraspirant des Jahres 1972, dessen salbungsvolle Tiraden die Deutschen Anfang der 70er überreichlich genervt hatten und den die Union schließlich aus Fraktions- und Parteivorsitz hebelte, wäre nie zum „sozialen Fall" geworden. Trotz einschlägiger Sorgen, die der damalige Kohl-Intimus Kurt Biedenkopf dem Barzel-Nachfolger Kohl aktenkundig machte – Durchschlag an das Haus Flick, versteht sich. Das Einkommen des armen R. B. wäre auf das Niveau seiner Bundestagskollegen gesunken (verbessert um die von der Partei garantierte Hälfte seiner bisherigen Fraktionschef-Bezüge). Na und?

Selbstverständlich hat der Ex-Parteivorsitzende und CDU-Bundestagsabgeordnete Barzel gewußt, von wem er sich dennoch sein millionenschweres Zubrot holte, als er bei seinem Frankfurter Anwaltsfreund Paul einen Vertrag unterschrieb, der ihn verpflichtete, „Firmen bzw. Personen" namhaft zu machen, mit denen Vereinbarungen über freie Mitarbeit geschlossen werden sollten, die über ein treuhänderisches „Anderkonto" direkt an ihn zu entlöhnen war.

Und ebenso selbstverständlich hat Barzel den „lieben Herrn von Brauchitsch" gekannt, mit dem er „gern die Lage und die Zukunft" erörtern wollte, den übermächtigen Majordomus des Hauses Flick. Die „Zukunft" erbrachte 1,75 Flick-Millionen, die sich auf Pauls Konto abzüglich Unkosten in 1,66 Barzel-Millionen verwandelten. Die der dann, wie er treuherzig versichert, tatsächlich auch als Einkommen aus unselbständiger Arbeit versteuert hat. Ja, was denn sonst – etwa auch noch die Steuer hinterzogen?

Dazu Barzel: Er habe „keine Firma, schon gar nicht Flick" direkt beraten und auch „zu keinem Zeitpunkt Geld von Flick" bekommen.

Entgegen dem äußeren Anschein: Der Präsident (ade) hat recht.

Naturgemäß hat er das Industriegeld nicht von Flick direkt bekommen, sonst hätte es des Paulschen Kondensators nicht bedurft. Und naturgemäß hat Barzel nicht für Firmen gearbeitet, schon gar nicht für Flick; denn die Makulatur aus der verkrümelten Abgeordnetenschublade Barzels – bestimmt für Flicks Papierkorb – ein Produkt ordentlicher Arbeit zu nennen, hieße sich in der Wortwahl vergreifen. Selbst der generöse Brauchitsch fand das Barzelsche Eingesandt „ausgesprochen dünn".

Der Wahrheit willen muß berichtigt werden: Die Firma Friedrich Flick ist kein Armenstift und ihr Brauchitsch kein Narr. Will sagen: Brauchitsch zahlt nicht 1,7 Flick-Millionen (jährlich vom getreuen Buchhalter Diehl „wg. Dr. Barzel" abgebucht) zur Linderung sozialer Härten politischer Freunde, 1,7 Millionen nicht für unterdurchschnittliche Klassenarbeiten, 1,7 Millionen nicht zur Verhinderung von ärgerlichen Barzel-Ausflügen aufs Niveau der sozialismusverdächtigen CDU-Sozialausschüsse.

Das Haus Flick zahlte, Barzel kassierte (mit zusätzlichen finanziellen Garnierungen der Chase Manhattan und des Hauses Oetker), der erfolglose CDU-Chef räumte ohne Gezeter das Konrad-Adenauer-Haus, die Union, Wunschpartei vom Düsseldorfer Puntila und seinem Matti, erhielt ihren Hoffnungsträger als Kanzlerkandidaten. Er kam an die Macht am Rhein. Das Flick-Kürzel „wg. Dr. Barzel" hatte seinen Zweck erfüllt: wg. Dr. Kohl. Mit Verspätung freilich, Pannen und einem verunglückten Zwischenspiel. Ob zum späteren Wohlgefallen des Spenders von einst, weiß der Teufel; Brauchitschs jedenfalls nicht mehr, ihn traf inzwischen der Bannstrahl des F.K.F.

Solange die F.K.F.-Sonne über diesem Großwesir schien, so lange durften sich auch Brauchitschs Barzels, Nebenbarzels, Überbarzels mit vergoldet fühlen. So eben auch jener Helmut Kohl, dessen Chefstuhl mit eintausendsiebenhundert Flick-Tausendern freigefächelt worden war.

Wehe ihnen allen, die in die großen freigebigen Hände des Herrenausstatters Brauchitsch gefallen sind. An ihren Maßanzügen Marke Weimar werdet ihr sie erkennen.

Ein Trost: Nicht alle deutschen Abgeordneten heißen Barzel, die deutsche Industrie ist nicht Flick. Ein schwacher Trost?

mehr Mitbestimmung bei Papstbesuch" notierten sie in ihrer Erfolgsbilanz.

Doch nicht erst 1980 war die – inzwischen aufgelöste – Flick-Stabsstelle Bonn voll im Geschäft. 1978 etwa, vier Jahre vor der Bonner Wende, führte sie in ihrem geheimen Rechenschaftsbericht auf: „Schaffung eines Kristallisationspunktes für Gespräch CDU/FDP"; „Abgabe von Voten zur Entscheidungsfindung bei der Spendenvergabe"; „massives Einsteigen in die Diskussion um das CDU-Grundsatzprogramm"; „Hilfe beim Aufbau geeigneter Kandidaten für parlamentarische Gremien". Und 1979 verbuchte sie unter anderem zugunsten des CSU-Generalsekretärs die „Formierung einer Arbeitsgruppe für Stoiber (u. a. inhaltliche Vorbereitung CSU-Kongreß ‚Zukunft') sowie Mitwirkung".

Solch stilles Wirken in Christparteien und unter Berufskatholiken ließ Flick sich einiges kosten. Allein die Stabsstelle in der Bonner Hausdorffstraße – repräsentiert durch einen Adolf Kanter und einen Walter Schmitz – wird in einer Aktennotiz des Konzerns vom 23. Februar 1981 für 1979 mit 870 000 Mark Bürokosten ausgewiesen.

Dazu kamen die Ausgaben für das „Büro Kreile", das 1979 mit weiteren 204 000 Mark zu Buche schlug. Plus 180 000 Mark „Honorar Kreile" für Flicks Mann im Parlament, den CSU-Bundestagsabgeordneten Reinhold Kreile, zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der Friedrich Flick Industrieverwaltung.

Doch gemessen an Aufwand und Ertrag jenes Flick-Mannes, der in Bonn die Puppen tanzen ließ, war das alles ein Klacks. Der Gesellschafter von Brauchitsch, der auch über die Stabsstelle das Kommando hatte, war einer der heimlichen Herrscher von Bonn, bis sich Flick Ende 1982 von ihm trennte.

Aus den vom Staatsanwalt beschlagnahmten Unterlagen des Flick-Konzerns – Beweisstücke in Steuerhinterziehungs- und Korruptionsverfahren gegen die ehemaligen FDP-Minister Otto Graf Lambsdorff und Hans Friderichs sowie den Ex-Flick-Manager von Brauchitsch – wird immer deutlicher, wie in der westdeutschen Hauptstadt das große Geld regierte, auch zu Zeiten sozialdemokratischer Kanzler.

Jede der drei etablierten Parteien ließ sich durch von Brauchitsch Flick-Gelder überweisen, bald jeder Politiker von Rang aus CDU/CSU, SPD und FDP wird in den Spendenlisten des Konzerns geführt. Hunderttausende, ja Millionen gingen, legal oder illegal, durch die Flick-Bücher wegen („wg.") Helmut Kohl, Franz Josef Strauß, Hans-Dietrich Genscher oder Rainer Barzel. Folgt man diesem Kürzel, dann wären sie alle, der Kanzler, der bayrische Ministerpräsident, der Außenminister, der Bundestagspräsident, Flick verbunden.

Sogar der Name des Staatsoberhauptes, des heutigen Bundespräsidenten Ri-



Kohl-Förderer von Brauchitsch, Kohl: „Kein anderer da"

chard von Weizsäcker, findet sich auf Flicks Gaben-Liste. Im Beweismittelordner 13 der Staatsanwaltschaft Bonn zu den Parteispendenverfahren ist eine „Notiz" vom 1. Juli 1980 abgeheftet, wonach von Flick 1979 über den „Verein Robert Tillmans Haus, Berlin", einer Spendenwaschanstalt, „wg. von Weizsäcker . . . DM 20 000" gezahlt worden sind. Vor zwei Jahren schon hatte der Bonner Oberstaatsanwalt Dieter Irsfeld nach dem Sichten der Akten in kleinem Freundeskreis gesagt: „Wenn das alles rauskommt, dann fürchte ich um den Bestand der Demokratie in diesem Land."

So müssen es wohl auch die zahlreichen Empfänger der Flick-Gelder gesehen haben. Eine Amnestie sollte deshalb her, die Straffreiheit für Geber und Nehmer, für Steuerhinterzieher und Korrumpierte verhieß. Führende Vertreter von SPD, FDP und CDU/CSU bereiteten insgeheim einen Gesetzentwurf vor. Doch der SPIEGEL machte den schönen Plan publik, aufrechte Politiker von SPD und FDP machten das Vorhaben zunichte.

Nur die Unionsfraktion blieb bei ihrem bedingungslosen Ja zur Amnestie. Unter einer Regierung Kohl, so lockten die Christen die Freidemokraten schon damals, werde die Amnestie kommen, sollten von Brauchitsch und die Freidemokraten Friderichs und Lambsdorff von ihren Sorgen befreit werden. Dann dauerte es auch nicht mehr lange bis zum Koalitionswechsel. Doch die FDP-Basis verweigerte ihrer Führung die Gefolgschaft.

Hätten die Amnestiepläne Erfolg gehabt, gäbe es heute keine Affäre Barzel. So verlor in der vergangenen Woche der zweite Mann im Staat, Bundestagspräsident Rainer Barzel, wg. Flick sein Ansehen beim Volk und bei seinesgleichen, den Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Und hinter ihm steht schon ein Mächtigerer im Verdacht: Kanzler Helmut Kohl, dem Flick nach oben half, indem er ihm 1973 den Weg in den Fraktions- und den Parteivorsitz freischaufelte.

Wie präzise der Vorwurf sitzt, enthüllten letzte Woche die Tumulte im Parlament, als der Grüne Jürgen Reents mit alternativer Unbefangenheit beim Namen nannte, was er tagelang in den Zeitungen gelesen hatte: Der Weg Kohls an die Spitze von Fraktion und Partei sei „von Flick freigekauft" worden.

Der amtierende Bundestagspräsident Richard Stücklen wies den, der einen so „ungeheuren Vorwurf" (Stücklen) erhob, aus dem Parlament, verhängte gegen ihn eine Zutrittssperre von weiteren vier Tagen. Und wegen einiger aufgeregter Zwischenrufe bekam gleich auch Joschka Fischer zwei Tage Auftrittsverbot. „Mit Verlaub, Herr Präsident", verabschiedete sich der Ex-Sponti, „Sie sind ein Arschloch." Aus den Unionsreihen tönte es „Nazis". Noch am selben Abend entschuldigte sich Fischer bei Stücklen.

Die Grünen schwankten in ihrer Sondersitzung zwischen Empörung und heller Freude über den Eklat hin und her. Man könne „nicht zur Tagesordnung übergehen", so Otto Schily, wenn „wieder der Versuch gemacht wird, die Grünen in die Nähe von Faschisten zu bringen". Es sei schon „symbolisch", fand andererseits Christa Nickels, Parlamentarische Geschäftsführerin, „wer das ausspricht, was ist, wird rausgeschmissen".

Auch der Kanzler merkte, daß seine nach zahlreichen Pannen, Skandalen und Fehlleistungen verbliebene Rest-Autorität nun auf dem Spiel steht. Eine „großangelegte Verleumdungskampagne" sieht er in der Behauptung, mit Geld sei bei seinem Aufstieg nachgeholfen worden. Um sein Ziel zu erreichen, habe es keines Einflusses von außen bedurft.

Trotz aller Verschleierungen aber stand Ende letzter Woche unbestritten fest:

- ▷ Rainer Barzel hat in den Jahren 1973 bis 1980 1,66 Millionen Mark kassiert. Auch Barzel-Arbeitgeber Dr. Dr. Paul leugnet nicht, daß Flick zahlte.
- ▷ Helmut Kohl konnte dank dieser sozialen Absicherung des Parteifreundes die Nachfolge Barzels als Fraktions- und Parteichef antreten.

Nicht nur die Grünen sehen es so; auch Franz Josef Strauß, der nach eigenem Bekunden sein Wissen um die Barzel-Affäre „aus dem SPIEGEL und der ‚Süddeutschen'" hat, räumt ein, daß Flick-Geld „in favorem Helmut Kohl" geflossen sein müsse. Zu deutsch: Kohl war dann wohl Nutznießer.

Straußens CSU hatte schon lange bei von Brauchitsch und auch beim später ermordeten Arbeitgeber-Präsident Hanns Martin Schleyer „eine verhängnisvolle Neigung zu Kohl" erkannt. Mißtrauisch hatte der CSU-Vorsitzende die regelmäßigen Treffen der drei in einem Jagdhaus im Hunsrück registriert. Und Biedenkopf war auch oft mit von der Partie, und er war es, der sich so sehr darum sorgte, daß Barzel nicht zum „sozialen Fall" werde.

Kohl versucht jetzt, seine Ahnungslosigkeit über die Flick-Zahlungen mit einem Brauchitsch-Vermerk zu belegen. Er, Kohl, so geht daraus hervor, habe dem Flick-Manager berichtet, daß Fraktion und Partei Barzel nach dessen Rücktritt finanziell unterstützt hätten. Dazu wäre er wohl kaum bereit gewesen, so läßt der Kanzler verbreiten, wenn er von der stattlichen Apanage gewußt hätte.

Und Biedenkopf beteuert heute, er habe von den Zahlungen der Fraktion nichts gewußt, als er sich um den Sozialfall Barzel bemühte. In einem Brief an Brauchitsch vom 8. Juni 1973 aber berichtete derselbe Biedenkopf, Barzel gegenüber habe er „angedeutet, daß wir in jeder Hinsicht bemüht sein werden, Auffangpositionen für ihn zu entwickeln".

Strauß: „In favorem Helmut Kohl"

Merkwürdig: Der Parteichef und sein zeitweiliger Generalsekretär (von 1973 bis 1977) wissen jeweils nur die Hälfte der Affäre.

Obwohl Barzel fest daran glaubt, er könne sich vor dem Ausschuß diese Woche salvieren, haben die meisten seiner Parteifreunde ihn schon abgeschrieben – auch der Kanzler. Kohl hofft, der Druck auf den Parteifreund werde nicht nachlassen. An der Basis, registriert er befriedigt, herrscht der Eindruck, ein Mann, der stets mit hohem moralischen

Anspruch aufgetreten sei, müsse diesen Anspruch auch gegen sich gelten lassen.

Da ist er ausnahmsweise sogar mit Franz Josef Strauß einig: Der Bayer: „Das ist eine Frage des Maßstabs."

„Barzel erwartet von seinem Auftritt vor dem Ausschuß Wunder, als ob er da sauber rauskäme", sagt ein Kanzler-Freund, „aber Kohl will Ruhe in der Partei, eine zusätzliche Affäre kann er nicht brauchen."

Ohne die manische Besessenheit des ehemaligen Flick-Managers, alles aufschreiben zu müssen, was ihm zu Ohren kam, hätte es keine Affäre Barzel, keinen Lambsdorff-Rücktritt, keine Flick-Affäre, keinen Parteispenden-Skandal und keinen Korruptionsprozeß gegeben. So aber hat sich Eberhard von Brauchitsch verdient gemacht – nicht nur um die Politiker, die jahrelang von seinen Zuwendungen profitierten, sondern auch um die Rechtspflege und die Geschichtsschreibung.

Brauchitschs gesammelte Vermerke zwangen die zunächst ahnungslosen Staatsanwälte, immer tiefer in den dichten Filz von Industrie und Politik einzudringen – und schließlich Anklage zu erheben.

Den Historikern eröffnen die Unterlagen faszinierende Einblicke in das Innenleben der Bonner Republik. Viele Vorgänge, die in den siebziger Jahren

Faszinierende Einblicke in das Innenleben der Republik

Schlagzeilen machten, erscheinen nun in einem helleren Licht. Zum Beispiel der tiefe Fall des damaligen Oppositionsführers Rainer Candidus Barzel und der unaufhaltsame Aufstieg seines Nachfolgers und langjährigen Widersachers Helmut Kohl.

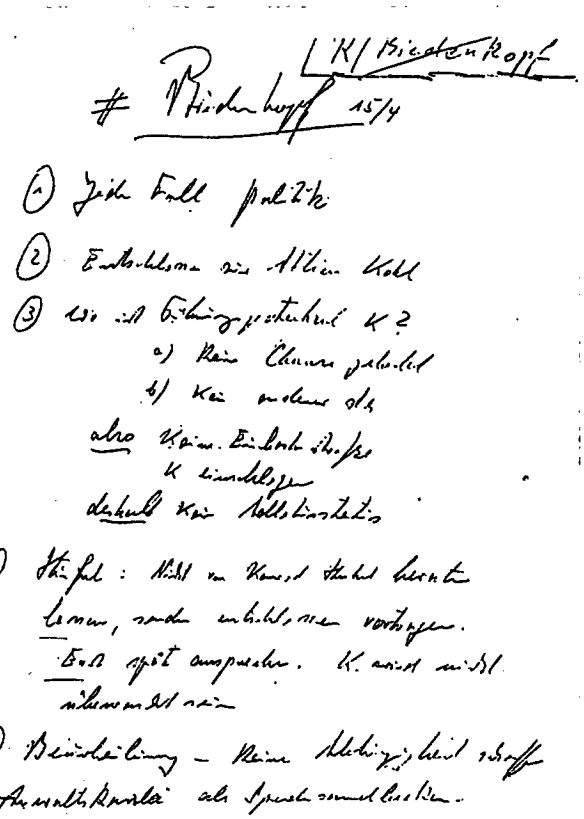
Beim Machtwechsel an der Spitze der Union hat Flicks Konzern kräftig mitgeholfen: Er ermöglichte dem Gestürzten – mit sechsstelligen Jahresbeträgen – eine weiche Landung und ebnete damit dem Aufsteiger den Weg nach oben.

Drahtzieher und Regisseur der Aktion war ein Brauchitsch-Kollege, der damals sein Geld noch beim Waschmittelkonzern des Industriellen Konrad Henkel verdiente, aber später auch von Flicks Reichtum profitierte: Kurt H. Biedenkopf.

Den „kleinen Professor" drängte es in die Politik. Nach Barzels katastrophaler Wahlniederlage am 19. November 1972 – die SPD wurde unter ihrem Kanzler Willy Brandt erstmals stärkste Bundestagsfraktion – verbündete sich Biedenkopf mit Barzels Partei-Vize Kohl, der zu jener Zeit noch Ministerpräsident in Mainz war. Gemeinsam betrieben die beiden den Sturz des angeschlagenen Chefs.

Schon im Dezember 1972 verspürte Barzel Gegenwind. Als er das CDU-Präsidium darauf festlegen wollte, den nächsten Parteitag der Christdemokraten erst für November 1973 einzuberufen, erhob Kohl Bedenken. Unter Berufung auf das Parteistatut erklärte er, nicht das Präsidium, sondern nur der Bundesvorstand könne den Parteikonvent zusammenrufen.

Hintergrund der Kohl-Einrede: Bis Ende Januar, dem nächsten Treffen des CDU-Vorstandes, hoffte der Oggersheimer – mit Hilfe der Meinungsforscherin Elisabeth Noelle-Neumann aus Allensbach am Bodensee – Material gegen den Wahlverlierer Barzel sammeln und die Landesverbände der Union für einen vorgezogenen Parteitagstermin gewinnen zu können.



Brauchitsch-Vermerk: „Zur Aktion Kohl entschlossen"

Barzel, so Kohls Kalkül, sollte so wenig Zeit wie möglich haben, um in der Partei für seine Wiederwahl Stimmung und die Wahlschlappe vergessen zu machen.

Das Konzept ging – zunächst – nicht auf. Zwar lieferte Allensbach pünktlich die für Barzel vernichtende Analyse: „Von den potentiellen CDU/CSU-Wählern konnte sich rund ein Drittel . . . nicht mit dem Kanzlerkandidaten befreunden."

Trotzdem folgte die CDU-Führung dem Terminplan Barzels: Auch Kohl war schließlich damit einverstanden, den nächsten Parteitag – und damit die Entscheidung über Kurs und Führung der Union – für den November 1973 nach Hamburg einzuberufen.

Schon wenige Wochen später bedauerte der Pfälzer, daß er die im Januar noch so frische Verdrossenheit des Parteivolkes über den Wahlverlierer Barzel nicht konsequent genutzt und nicht auf einer Vorverlegung des Parteitags bestanden hatte. Denn Barzel holte kräftig auf. Er profilierte sich als Reformer und sammelte Truppen für seine Wiederwahl.

Wenn die Union an ihm festhalte, so lockte ihr Chef, könne sie in Ruhe bis 1975 ihre Programmdiskussion führen und dann entscheiden, wer als Vorsitzender und Kanzlerkandidat in die 76er Wahl ziehen soll. Denn ein Kanzlerkandidat der Union müsse „selbstverständlich im Bundestag agieren können" (Barzel).

Der erfahrene Taktiker drohte zugleich mit Liebesentzug, um seine Wiederwahl zu erzwingen. In der Gewißheit, als Fraktionsvorsitzender – damals – unentbehrlich zu sein (Barzel: „Wen gibt es da sonst schon?"), setzte er die Parteifreunde unter Druck. Wenn er nicht Parteivorsitzender bleiben könne, dann werde er auch den Fraktionsvorsitz niederlegen.

In dieser Lage, die noch keineswegs für Kohl entschieden war, trat Biedenkopf in Aktion.

Diskret beriet sich der Henkel-Mann mit dem Kollegen Brauchitsch vom Flick-Konzern. Und der machte fleißig Notizen, um später, wie immer, einen seiner Vermerke anfertigen zu können.

Die Staatsanwälte fanden allerdings nur noch die handschriftlichen Stichworte. Aber auch die erschienen ihnen interessant genug.

Zunächst sprachen die beiden Industrie-Herren offenbar über Biedenkopfs Entschluß, vom Henkel-Konzern in die Politik umzusatteln und sich für die Wahl Kohls zum CDU-Chef zu engagieren. Brauchitsch: „Entschlossen zur Aktion Kohl."

Dann wurden wohl skeptische Fragen aufgeworfen („Wo ist Führungspotential K?"), die den aufstrebenden CDU-Politiker Kohl und dessen Fähigkeit betrafen, die Union zu neuen Ufern zu führen. Die Antworten, die Brauchitsch in Stichworten skizzierte, klingen nicht sehr enthusiastisch: Erstens habe der Kandidat noch „keine Chance gehabt". Und außerdem sei „kein anderer da".

Auch die Befürchtung, Biedenkopf könne im Schatten seines künftigen Herrn an Profil verlieren und sich den Rückweg zu anderen, lohnenden Tätigkeiten verbauen, scheint in der Unterhaltung diskutiert worden zu sein. Als Ergebnis hielt Brauchitsch fest: „Also keine Einbahnstraße K einschlagen. Deshalb kein Adlatusstatus."

Biedenkopf hat sich daran gehalten. In seinem späteren Amt war er stets mehr General als Sekretär. Und als er sich – 1977 – mit Kohl überwarf und Heiner Geißler sein Nachfolger wurde, überwies Flicks Chefbuchhalter Rudolf Diehl dem von Biedenkopf gegründeten „Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik" bis 1980 jährlich 20 000 Mark – „wg. Prof. Biedenkopf".

Der Name Biedenkopf taucht in der Liste von Empfängern „inoffizieller" Flick-Gelder noch zweimal auf: 1979 mit 30 000 und ein Jahr später mit 25 000 Mark.

Kein Wunder also, daß sich die Staatsanwälte für von Brauchitschs Schmierzettel aus dem Jahre 1973 interessierten. Der Flick-Manager hatte nämlich als Fazit seiner Unterhaltung mit Biedenkopf noch folgende Stichworte notiert: „Beurteilung – keine Abhängigkeit schaffen". Und: „Anwaltskanzlei als Spendensammelbecken".

War hier etwa schon das Rechtsanwaltsbüro des Barzel-Freundes Albert Paul aus Frankfurt in Sicht, über dessen „Anderkonto" später Flicks Gelder „wg. Dr. Barzel" fließen sollten?

Die Unterhaltung Biedenkopfs mit von Brauchitsch fand am 15. April 1973 statt. Noch führte Barzel Fraktion und Partei: Und immer noch stand seine Drohung in der Landschaft, daß er die Fraktion führungslos machen werde, wenn ihm die Partei die Gefolgschaft verweigere.

Drei Wochen später allerdings hatte sich das geändert. Und wieder war Eberhard von Brauchitsch einer der ersten, die das erfuhren.

Am 7. Mai 1973 schrieb Biedenkopf dem Flick-Manager „eine Mitteilung, von der ich meine, daß sie pressemäßig ausgewertet werden sollte":

> Herr Dr. Henkel hat im Kreise einiger anderer Herren in der letzten Woche Herrn Dr. Barzel gesehen. Er hat ihn gefragt, ob damit zu rechnen sei, daß Herr Dr. Barzel den Fraktionsvorsitz aufgibt, wenn er in Hamburg nicht wiedergewählt wird. Herr Dr. Barzel hat geantwortet, daß er sich, auch wenn er nicht wiedergewählt wird, erneut um den Fraktionsvorsitz bewerben werde. Er sei im Interesse der Sache davon überzeugt, daß er diese Aufgabe fortführen soll. Herr Dr. Barzel hat damit das von ihm herausgestellte Junktim aufgegeben und zugleich auf den wichtigsten Vorteil verzichtet, den er in Hamburg hat.



Kohl-Förderer Biedenkopf (r.), Partner
Der Mann im Hintergrund

Biedenkopf wußte, wie man die frohe Kunde unter die Leute bringen konnte, ohne selbst als Urheber der Indiskretion in Erscheinung treten zu müssen. Sein Rat an von Brauchitsch:

> Da die Erklärung in einem Gespräch mit mehreren Anwesenden erfolgt ist, sollte man sie ohne Quellenangabe lancieren.

Brauchitsch reagierte wunschgemäß: „R/Springer" vermerkte er auf dem Brief – Rücksprache mit dem Verleger Axel Springer.

Zwei Tage später, am 9. Mai, gab Barzel entnervt als Fraktionschef auf. Die Fraktion war nicht seinem, sondern dem Votum der CSU gefolgt und hatte sich gegen den Uno-Beitritt Bonns ausgesprochen.

Schnelles Handeln war gefordert. Und Biedenkopf handelte.

Schon einen Tag nach Barzels Verzicht zog der Professor den Vorsitzenden der rheinischen CDU, Heinrich Köppler – bis dahin eine der Hauptstützen Barzels –, auf seine Seite. Biedenkopfs Köder: Köppler solle ins CDU-Präsidium aufrücken und dort die „Interessen der Landesverbände NRW vertreten".

Außerdem sah Biedenkopf nun die Gelegenheit gekommen, Kohls Versäumnis vom Januar wettzumachen und die Einberufung eines Sonderparteitags im Juni durchzusetzen. Bündig hielt der CDU-Stratege in einem mit Köppler abgestimmten Papier vom 10. 5. 1973 fest:

> Herr Dr. Kohl übernimmt den Parteivorsitz und erhält die Aufgabe, die Partei organisatorisch und programmatisch zu erneuern. Herr Dr. Barzel übernimmt eine wichtige Rolle im Rahmen der Fraktion. Von ihm muß erwartet werden, daß er nach den objektiven Fehlleistungen der jüngeren Vergangenheit auf absehbare Zeit in die Führungsmannschaft zurücktritt und sich für die Übernahme neuer Führungsaufgaben erneut legitimiert.

Was Biedenkopf sonst noch mit Köppler besprochen hatte, teilte er Kohl am gleichen Tag telephonisch und schriftlich mit. Köppler rechne „noch immer damit, daß es ihm gelingen könnte, Herrn Dr. Barzel von sich aus zum Verzicht auf eine Kandidatur" für den Parteivorsitz „zu bewegen".

Und: „Es erscheint Herrn Köppler wie mir wichtig zu vermeiden, daß Herr Dr. Barzel zu einem ‚sozialen Fall' wird."

So selbstverständlich, wie Kohl es in der letzten Woche darstellte, war der Verzicht Barzels auf den Parteivorsitz also keineswegs. Es mußte offenbar – in welcher Form auch immer – nachgeholfen werden.

Wie – das ergibt sich aus den Akten. Deren Inhalt aber deckt sich nicht mit den Äußerungen, die die von der Affäre Betroffenen in den letzten Tagen abgegeben haben.

So sprechen mehrere Indizien gegen Barzels Behauptung, es habe „keines Rates und keiner Hilfe" bedurft, ihn zum Verzicht auf seine Ämter zu bewegen. Auch seine Erklärung, er habe beim Rechtsanwalt Paul gearbeitet, ohne zu wissen, daß sein Honorar in Wahrheit vom Flick-Konzern kam, ist wenig glaubhaft.

„Vermeiden, daß Herr Barzel zum sozialen Fall wird"

Am 16. Mai 1973, dem Tag, an dem er seinen Verzicht auf die Kandidatur zum Parteivorsitz bekanntgab, schrieb Barzel dem Flick-Manager Brauchitsch, er wolle gern mit ihm „die Zukunft" erörtern. Welche „Zukunft" sollte er wohl mit dem Flick-Mann besprechen, wenn nicht die finanzielle? Und am 24. Juli kam es in der Düsseldorfer Wohnung des Konzernchefs zu einem Treffen mit Barzel (SPIEGEL 42/1984).

Am 9. August übersandte Anwalt Paul an Barzel den Entwurf einer Vereinbarung, wie es tags zuvor zwischen den Freunden abgesprochen worden war:

Ich, bzw. die durch mich vertretene Anwaltssozietät schließt mit den von Dir benannten Firmen bzw. Personen Beraterverträge ab, deren Formulierung Du im einzelnen absprichst. Du führst als freier Mitarbeiter meiner Anwaltssozietät die Beratung aufgrund der geschlossenen Verträge durch.

Barzel störten an diesem Text die Worte „Beraterverträge" und „die Beratung". Er ersetzte sie handschriftlich durch „Vereinbarungen" und „diese Arbeiten".

Weiter hieß es in Pauls Entwurf:

Für Deine Tätigkeit erhältst Du die in den Beraterverträgen vereinbarten Honorare abzüglich Mehrwertsteuer, die ich an das Finanzamt für die vereinbarten Honorare abführen muß.

Wieder strich Barzel die Worte „in den Beraterverträgen". In der gereinigten Fassung war jetzt nur noch von den vereinbarten Honoraren die Rede – als

Paul: „Er hat uns viele Mandate gebracht"

handele es sich nur um die Bezüge, die zwischen Paul und Barzel ausgehandelt worden waren.

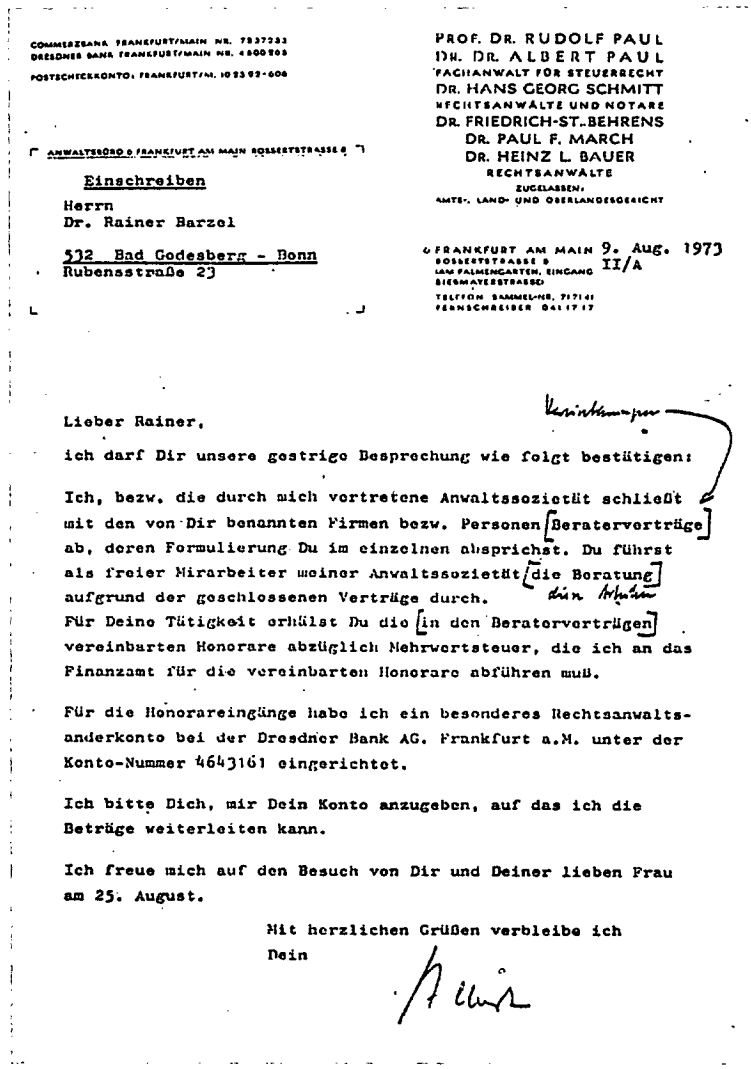
Was wirklich gemeint war, erschließt sich aus dem darauffolgenden Satz: „Für die Honorareingänge habe ich ein besonderes Rechtsanwaltsanderkonto bei der Dresdner Bank AG Frankfurt a. M. unter der Konto Nummer 4643161 eingerichtet." Pauls Anwaltskanzlei war – für Barzel offensichtlich – also nur eine Durchlaufstation für die Gelder von Flick.

Folgerichtig vermuteten die Steuerfahnder in einem Vermerk vom 30. Mai 1984 ein „Scheingeschäft", das die dahintersteckende Vereinbarung „zwischen der Firma Flick und dem Steuerpflichtigen *(gemeint ist Barzel, die Red.)* verdecken sollte".

Diese Vermutung wurde bei der Durchsuchung von Pauls Kanzlei am 13. Juni 1984 zumindest nicht widerlegt. Der Anwalt erklärte den Fahndern, nicht alles Geld, das er von Flick erhielt, sei an Barzel gelangt. „Da er, Dr. Paul, für die Fa. Flick auch eigene Arbeit geleistet habe, habe er einen Teil der Zahlungen der Fa. Flick an ihn behalten und nicht sämtliche Beträge an Herrn Dr. Barzel weitergeleitet" (Vermerk vom 26. Juni 1984).

Das Geld wurde aber – Paul hat es bestätigt – zum größten Teil, wie im Vertrag vereinbart, weitergereicht. Auch dies stützt die These, daß Pauls Kanzlei nur eine Durchlaufstation war, mit deren Hilfe der Flick-Konzern die Alimentation für Barzel als „Betriebsausgabe" von der Steuer absetzen konnte.

Inzwischen tut der Rechtsanwalt so, als habe er den CDU-Politiker nur beschäftigt, um Reklame damit machen zu



COMMERZBANK FRANKFURT/MAIN NR. 7937233
DRESDNER BANK FRANKFURT/MAIN NR. 4500703
POSTSCHECKKONTO: FRANKFURT/M. 1023 03-606

PROF. DR. RUDOLF PAUL
DR. DR. ALBERT PAUL
FACHANWALT FÜR STEUERRECHT
DR. HANS GEORG SCHMITT
RECHTSANWÄLTE UND NOTARE
DR. FRIEDRICH-ST.-BEHRENS
DR. PAUL F. MARCH
DR. HEINZ L. BAUER
RECHTSANWÄLTE
ZUGELASSEN:
AMTS-, LAND- UND OBERLANDESGERICHT

ANWALTSBÜRO 6 FRANKFURT AM MAIN ROSSERTSTRASSE 6

Einschreiben
Herrn
Dr. Rainer Barzel

532 Bad Godesberg - Bonn
Rubensstraße 23

6 FRANKFURT AM MAIN 9. Aug. 1973
ROSSERTSTRASSE 6
AM PALMENGARTEN, EINGANG
BIEGMANNSTRASSE
TELEFON SAMMEL-NR. 71741
FERNSCHREIBER 041717
II/A

Lieber Rainer,

ich darf Dir unsere gestrige Besprechung wie folgt bestätigen:

Ich, bezw. die durch mich vertretene Anwaltssozietät schließt mit den von Dir benannten Firmen bezw. Personen [Beraterverträge] ab, deren Formulierung Du im einzelnen absprichst. Du führst als freier Mitarbeiter meiner Anwaltssozietät [die Beratung] aufgrund der geschlossenen Verträge durch.
Für Deine Tätigkeit erhälst Du die [in den Beratervertrügen] vereinbarten Honorare abzüglich Mehrwertsteuer, die ich an das Finanzamt für die vereinbarten Honorare abführen muß.

Für die Honorareingänge habe ich ein besonderes Rechtsanwaltsanderkonto bei der Dresdner Bank AG. Frankfurt a.M. unter der Konto-Nummer 4643161 eingerichtet.

Ich bitte Dich, mir Dein Konto anzugeben, auf das ich die Beträge weiterleiten kann.

Ich freue mich auf den Besuch von Dir und Deiner lieben Frau am 25. August.

Mit herzlichen Grüßen verbleibe ich
Dein

Entwurf des Barzel-Arbeitsvertrags: Handschriftliche Korrekturen

können. Er habe ihn aus Publizitätsgründen eingestellt, „wie sich eine Werbefirma einen Beckenbauer holt".

Paul: „Mir war seine Mitarbeit sehr viel wert. Er hat uns viele Mandate gebracht."

Welche Mandate das gewesen sein könnten, läßt sich aus einem Zettel vermuten, den die Fahnder in einem der bei Paul aufbewahrten „Hängerhefter Dr. Barzel" fanden.

Unter der Überschrift „Einnahmen 76/I. Quartal" tauchen dort neben Flick (62 500 Mark) auch die Namen Oetker (11 250 Mark) und Chase Manhattan (30 000 Mark) auf, wobei die Zahlung der Chase Manhattan Bank sich offenkundig auf das 3. und 4. Quartal 1975 bezieht.

Zugleich fanden die Beamten eine Quittung vom Januar 1974, die Paul seinem Freund Barzel über dessen Bezüge im Jahr 1973 ausgestellt hatte. Die Summe 272 500 Mark gab den Beamten zunächst Rätsel auf.

Flick hatte mit Paul nur 250 000 Mark per anno vereinbart. Wieso sollte Barzel 1973 insgesamt 272 500 Mark verdient haben?

Eine mögliche Erklärung liefert eine Aktennotiz des Flick-Mannes von Brauchitsch vom 4. 9. 1973. Darin berichtet er über eine Begegnung mit Guido Sandler, der rechten Hand des Industriellen Rudolf August Oetker.

Sandler habe ihn „anläßlich einer Veranstaltung bei Konrad Henkel" auf die Seite genommen und auf „den Vorgang B." angesprochen. Brauchitsch erfuhr bei dieser Gelegenheit etwas, was er in seinem Vermerk nicht mitteilte. Die Notiz enthält nur den Hinweis, er hätte gern mit seinem Kollegen Günter Max Paefgen darüber gesprochen.

Die Steuerfahnder vermuten, daß Sandler dem Flick-Mann mitteilte, auch Oetker wolle zur Lösung des „sozialen Falles" Barzel beitragen. Beim Vergleich mit der – in Pauls Jahresabrechnung für 1976 genannten – Oetker-Summe für ein Quartal erschloß sich ihnen auch die rätselhafte Summe von 272 500 Mark, die Barzel 1974 von Paul bestätigt wurden: 250 000 Mark von Flick sowie zwei weitere Quartals-Entgelte, also 22 500 Mark, von Oetker.

In den darauffolgenden Jahren war Barzel mit 300 000 Mark jährlich aus



Anwalt Paul (r.), Mitarbeiter Barzel: „Wie ein Beckenbauer"

Pauls „Anderkonto" zwar finanziell fein raus, zumal ihm bis 1976 auch noch das entgangene Fraktionsvorsitzenden-Salär zur Hälfte vergütet wurde. Dafür blieben ihm weitere politische Enttäuschungen nicht erspart.

Nach der Bundestagswahl 1976, die diesmal Kohl – wenn auch knapp – verloren hatte, machte sich Barzel wieder Hoffnungen auf ein hohes Amt: Er wollte schon damals Bundestagspräsident werden – doch den Platz hatte Kohl schon für den Vorsitzenden der Unionsfraktion Karl Carstens („Ca.") reserviert.

Am 8. November 1976 schrieb von Brauchitsch in einer Aktennotiz an Friedrich Karl Flick:

> Ich hatte am Wochenende den Anruf von R. B. R. B. machte einen etwas niedergeschlagenen Eindruck. Er berichtete, daß die Entscheidungen bzgl. des obersten Stuhls in Richtung auf Ca. zuliefen. Ca. solle auf diesem Wege den Fraktionsvorsitz für Kohl freimachen. R. B. gab mir eine Reihe von Argumenten anhand, die es mir möglich machten, in einem anschließenden längeren Telefonat das Thema mit Kohl zu erörtern. Kohl sagte mir, daß die Entscheidung in dieser Angelegenheit noch nicht gefallen sei, und hat auch versucht, das Thema am Telefon nicht zu vertiefen.
>
> Kohl bestreitet, daß es eine unkonditionierte Zusage an R. B. für den ersten Stuhl gebe. Diese Zusage habe nur gegolten für den Fall, daß die CDU/CSU die Regierung übernimmt. Dennoch sei er (Kohl) in der Angelegenheit nicht fixiert. Kohl räumte allerdings ein, daß innerhalb der neuen Fraktion beachtliche Rangeleien im Gange seien, deren Ausgang er (Kohl) noch nicht abschließend übersehen könne.
>
> Kohl bat mich dann, für ein Gespräch in den nächsten Tagen zur Verfügung zu stehen. Ein Termin ist noch nicht ausgemacht. Ich habe Kohl gebeten, zu diesem Gespräch auch Herrn Gattum* hinzuzuziehen, um Klarheit zu bekommen, welche Richtung die Opposition in der Frage der Steuerpolitik geht. Ich beabsichtige dann, Kohl und Gattum in gleicher Weise auszustatten wie inzwischen die anderen Herren in Bonn.

Der glücklose Kanzlerkandidat Barzel war auch als Kanzlei-Helfer nicht sonderlich erfolgreich. „Ausgesprochen dünn" fand sein Kontaktmann Brauchitsch, was Barzel als Gutachter zur bevorstehenden Erbschaftssteuerreform für den Konzern aufgeschrieben hatte.

Nützlicher waren da schon die Berichte, die Barzel über das Innenleben seiner Partei und aus den Gremien des Bundestages lieferte. Jedenfalls fanden Brauchitsch und der damalige Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer es sinnvoll, den ökonomischen Laien Barzel zum Vorsitzenden des Bundestags-Wirtschaftsausschusses zu machen. Brauchitsch am 19. November 1976 an seinen Chef Flick:

> Wie vorgesehen, hatte ich gestern nachmittag/abend ein längeres Gespräch mit Min.Präs. Kohl in Mainz . . .
>
> Wir kamen . . . unter vier Augen auch auf das Bonner Personalkarussell zu sprechen. Die konzertierte Aktion zwischen Schleyer und uns hat sich als nützlich erwiesen. Im Ergebnis hat sich Kohl nunmehr dazu bekannt, R. B. die Position des Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft im Bundestag anzutragen . . .

Den Job übernahm Barzel im Januar 1977.

Hilfreich war Barzel nicht nur mit seinen politischen Informationen für Flick. Im Verein mit Rechtsanwalt Paul, so geht aus den Brauchitsch-Aufzeichnungen hervor, brachte er auch den Medienhändler Josef von Ferenczy mit Flick zusammen. Die Sache hat eine pikante Vorgeschichte.

Unter dem 3. März 1977 notierte von Brauchitsch für Friedrich Karl Flick:

> Du wirst Dich erinnern, daß ich Dich vor etwa einem Jahr darüber unterrichtete, daß Herr von Ferenczy, den ich aus der Springer-Zeit gut kenne, an mich herangetreten war mit der Offerte – allerdings gegen das sehr hohe Honorar von zunächst jährlich 1 Mio. sfrs. – Deine PR-Abschirmung in der sog. yellow press sicherzustellen. Du hattest damals, nicht zuletzt wegen des hohen Honorars, abgewunken.

Anlaß für die Rückblende war ein Artikel in der Illustrierten „Quick". Unter der Überschrift „Wenn sie auf den Putz hauen" wurden darin auch die Eskapaden des Flick-Chefs und seiner Clique ausgebreitet.

Kostprobe: „Da man an einem Abend ohnehin eine Rechnung von – sagen wir mal – 10 000 Mark macht, kann man auch gleich das ganze Lokal pauschal für – sagen wir mal – 20 000 Mark nehmen und nach dem Dessert zu Kleinholz verarbeiten."

Weil die Story unter dem Copyright der Ferenczy Verlag AG stand, vermutete Brauchitsch prompt ein „taktisches Manöver" des Medienhändlers, der damit seine „Unabkömmlichkeit" als PR-Abschirmer nachweisen wolle.

Im Jahr darauf bot von Ferenczy seine Dienste erneut an, diesmal auf der Schiene Barzel/Paul. Am 19. Januar 1978, unmittelbar nach einem Gespräch mit Rainer Barzel (R. B.), schrieb Brauchitsch in einer „Notiz für Herrn Paefgen":

> R. B. kennt Ferenczy auch schon seit vielen Jahren, Ferenczy hat R. B. im Wahlkampf 1972 beraten. Kürzlich hat ein Gespräch zwischen R. B., Dr. Paul und Ferenczy stattgefunden. Ferenczy hat Paul und R. B. gebeten, einen Partner zu suchen auf folgender Basis: Ferenczy bringt seine gesamten Aktivitäten in eine Holding ein. Es wird ein Partner gesucht mit 49 %. Diese 49 % sollen 7,5 Mio. DM kosten. (R. B. rechnet damit, daß der Preis heruntergehandelt werden kann.) . . . Die Offerte von R. B., bei einer Interessenahme durch uns aktiv mitzuarbeiten, halte ich für durchaus erwägenswert.

Am Ende müssen die Bedenken gegen die von Barzel angeregte Beteiligung überwogen haben. Dafür bekam Ferenczy, was ihm FKF zwei Jahre zuvor noch verweigert hatte: einen zunächst auf ein Jahr befristeten Vertrag, dem zufolge er, so Brauchitsch am 9. Juni 1978 in einem

„Die Offerte halte ich für durchaus erwägenswert"

* Brauchitsch meint den damaligen rheinland-pfälzischen Finanzminister Johann Wilhelm Gaddum.



Robbe & Berking, Zur Bleiche 47, 2390 Flensburg
Schweiz: Albisrieder Str. 80 A, 8040 Zürich
Österreich: Marokkanergasse 19, 1030 Wien

Schreiben an den Agenturchef, „unsere Gruppe in Angelegenheiten der Öffentlichkeitsarbeit unter besonderer Berücksichtigung unserer internationalen Verflechtungen" vertritt. Pauschalhonorar: eine Million Schweizer Franken.

Für das zweite Vertragsjahr bot der Flick-Manager nur noch 800 000 Franken. Ob Ferenczy akzeptiert hat, ist zweifelhaft, denn 1981, als eine erneute Verlängerung ansteht, spricht Brauchitsch schon wieder von einer Million. Notiz an FKF:

> An sich drücken die 1 Mio. sfrs.; andererseits bin ich überzeugt davon, daß Ferenczy Dir vorne und hinten fehlen wird, wenn wir den Vertrag nicht verlängern. Versuche, eine nachhaltige Reduzierung des Honorars zu erreichen, sind bei Ferenczy vergeblich. Ich weiß aus vergleichbaren Fällen, daß Ferenczy eher auf ein Mandat verzichtet, als im Honorar nachzugeben.

1980 war von Ferenczy für den Konzern auf einer nun wirklich brisanten Fährte – wenngleich mit mäßigem Erfolg. Es „war der umfangreichste Einsatz mit meinen Rechercheuren, den ich je hatte", stöhnte er in einem Schreiben an Flick-Pressesprecher Manfred Kiesewetter, aber mehr als „beiliegende Notiz" sei „einfach nicht . . . zu machen, egal, von welcher Seite man auch die Sache anpackt". Kern der Notiz:

> Das Ermittlungsverfahren gegen Pater Schröder läuft. Die Anklageerhebung soll in Kürze bevorstehen . . . Es sickerte lediglich durch, daß im Zusammenhang mit Pater Schröder „eine Reihe" von Spendern Strafbefehle bekamen, die schon rechtskräftig wurden.

Wahrscheinlich ahnte Ferenczy damals nicht, daß er damit einen Zipfel der Flick-Affäre in der Hand hielt. Denn über den Gottesmann Josef Schröder von der Steyler Mission in Sankt Augustin bei Bonn hatte der Konzern über die Jahre insgesamt rund zehn Millionen Mark zurück in jene schwarze Kasse geschleust, aus der quer durch die Republik fleißig geschmiert wurde.

Rainer Barzel wiederum, der die Verbindung Flick–Ferenczy 1978 allenfalls indirekt hatte stiften können, war zu jener Zeit die Hilfe des Flick-Mannes Brauchitsch zuteil geworden. Der fragte Ende 1977 in einem Brief den Verleger Axel Springer, „ob es nicht interesssant sein könnte, R. B. gelegentlich mit einer Kolumne in der ‚Welt' und/oder ‚Welt am Sonntag' zu Wort kommen zu lassen". Der Flick-Mann weiter:

> R. B. hat sich als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages inzwischen eine – für mich überraschende – profunde Kenntnis der praktischen Wirtschaftszusammenhänge verschafft. Wenn ich mir überlege, was Sie seinerzeit mit dem Mann aus Weimar auf dem Programm hatten und wie sehr Sie enttäuscht worden sind, dann muß sich einfach die Frage aufdrängen, ob hier nicht eine positive Alternative vorhanden ist.

Brauchitsch spielt möglicherweise auf den früheren Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller an, der nach seinem Bruch mit der SPD in Springer-Blättern gegen die sozialliberale Koalition agitiert hatte, sich dann aber wieder mit den Genossen versöhnte.

Im August meldete Barzel dem „lieben Herrn von Brauchitsch" Vollzug: „Der Kolumnist hat heute sein Werk begonnen. Sie haben dabei geholfen. Ich danke Ihnen."

Am selben Tag war in der „WamS" sein Kommentar zu den Angriffen gegen den gerade zurückgetretenen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger erschienen, der über seine Tätigkeit als Marinerichter zur Zeit der deutschen Kapitulation in Norwegen stolperte. Den Hans Filbinger aber meinte Barzel nicht mit der beziehungsreichen Überschrift: „Heuchler: Weggetreten!"

Wie eine vorweggenommene Satire auf seine heutige Situation lesen sich auch manche Titel späterer Barzel-Kolumnen: „So wird die Bundesrepublik zum Flickenteppich mit Löchern" oder „Gemeinsinn geht und Egoismus kommt" oder „Wer die Musik bestellt, bestimmt das Fest".



Medienhändler von Ferenczy
R. B. vermittelte den Flick-Kontakt

In dieser Rolle fühlte sich allemal Eberhard von Brauchitsch. Und der sah seinen Mann, den er so lange alimentiert hatte, angesichts des Siechtums der sozialliberalen Koalition drei Jahre nach der Springer-Operation schon wieder auf dem Weg nach oben. Brauchitsch-Notiz an Friedrich Karl Flick vom 18. September 1981:

> Dr. Barzel, der mich dieser Tage besuchte und der im Zusammenhang mit den Strukturproblemen der Bundesregierung auf seiten der CDU eine sicherlich ernst zu nehmende Rolle spielt, hat mich gebeten, Dir seine besten Grüße und Empfehlungen zu übermitteln.

Lakonisch schließt Brauchitsch: „Materielle Themen hat es zwischen Barzel und mir nicht gegeben."



Ein offenes Wort von
Rainer Barzel zum Fall Filbinger

Rainer Barzel

Rainer Candidus Barzel, 54, Ex-Kanzlerkandidat der CDU und Bestseller-Autor („Es ist noch nicht zu spät", „Auf dem Drahtseil"), schreibt ab heute in unregelmäßigen Abständen für die WELT am SONNTAG zu Themen der Zeit. Hier spricht nicht der Partei-Politiker, sondern der jüngste Elder Statesman, den es in Deutschland je gab.

Hans Karl Filbinger

Heuchler: weggetreten!

Von Rainer Barzel

Da ist in Stuttgart nicht einer einfach über die eigenen Beine gestolpert oder vom Vorgestrigen eingeholt worden. Da traf nicht eine verirrte Kugel, sondern ein Vor-dem-Wind-Dahersegler, wäre er noch im Amt? Wer soll das glauben? Manche der Freunde orientierten sich — in „kritischer Solidarität" — mehr am Wie als am Was. Der Angriff der Gegner galt dem so. Die deutsche Geschichte umfaßt mehr als zwölf böse Jahre. Aber sie umfaßt eben auch diese Jahre des Unrechts, der Gewalt und des Krieges. Keine gute Gegenwart löscht das aus. Man kann wiedergutmachen. Man muß es.

Barzel-Kommentar in „WamS": „Der Kolumnist hat begonnen"

Als wichtiges Werkzeug zur Durchsetzung politischer und geschäftlicher Ziele hatte Eberhard von Brauchitsch das „Büro Bonn" des Konzerns geformt. Die Statthalter Flicks in der Bundeshauptstadt, Walter Schmitz und Adolf Kanter, verstanden sich als „politische Stabsstelle der Geschäftsführung". Ihr Geschäft war keineswegs nur „die Reaktion gegenüber tagespolitischen Ereignissen".

In ihren geheimen Jahresberichten an ihre Oberen beschrieben Flicks Bonn-Kontrolleure ihren Ehrgeiz ohne Scham. Ihr Ziel sei, „bei der Bewertung politischer Entwicklungen strategische Ansätze für die Teilnahme an der politischen Auseinandersetzung zu empfehlen und vor Ort zu vertreten".

Im Alltag setzten sie ihren Anspruch zum Beispiel so um: Da war den Herren im Juli 1974 das selbstverständlich „streng vertrauliche" Strategiekonzept einer CDU/CSU-Planungsgruppe zur Fortschreibung des letzten Wahlprogramms in die Hände gefallen, und daran hatten sie allerlei auszusetzen. Flugs verfaßten sie ein Exzerpt der anstößigen Stellen, versahen diese Arbeit mit Kommentaren in Kursiv-Schrift, und sandten das Werk an ihren Chef von Brauchitsch.

Der lernte daraus, daß die Union das Privateigentum in ihrem Programmentwurf „nicht bei den Ordnungselementen, sondern erst bei den Zielvorstellungen der sozialen Marktwirtschaft" nannte. Dieser niedere Rang entsprach nicht den Vorstellungen von Walter Schmitz und Adolf Kanter.

Anstoß nahmen sie auch an der Formel, daß „der einzelne ohne Gemeinschaft undenkbar" sei. Darin erkannten sie die erfolgreiche Subversion der „Kollektivisten" aus den Sozialausschüssen der Union. Dadurch werde, so die Schlußfolgerung, „die Absage an den Kollektivismus der Neomarxisten weniger glaubwürdig". Von Brauchitsch müsse bei Professor Biedenkopf, dem damaligen CDU-Generalsekretär, intervenieren, riet das Bonner Flick-Duo und legte auch gleich einen Briefentwurf bei.

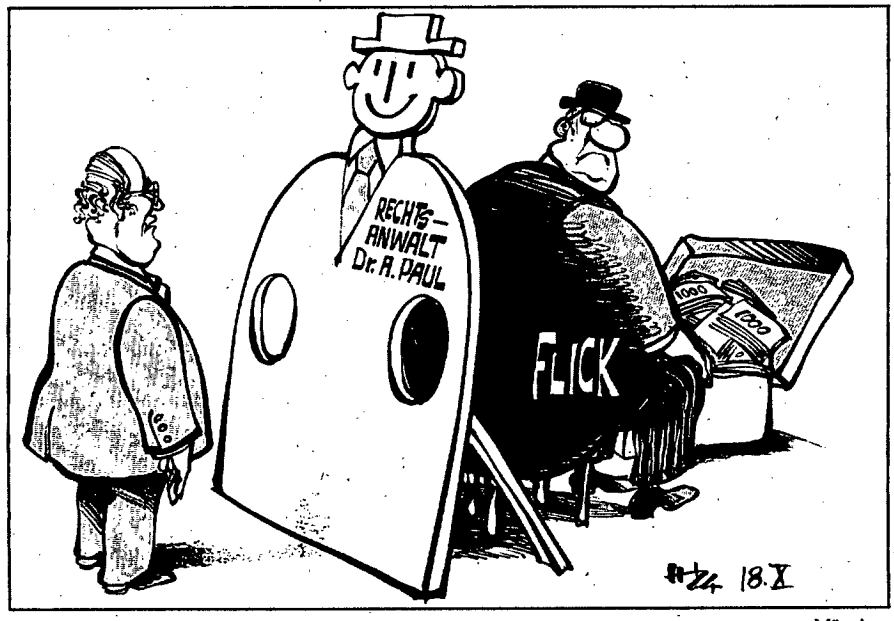
Wortgleich sandte „v. B." diesen Brief wenige Wochen später, am 5. September 1974, an den „lieben Herrn Biedenkopf". Streng rügte er, der Programmentwurf scheine nicht mit den „klaren Aussagen" des Hamburger Parteitages in Einklang zu stehen, täuschte aber, längst im Besitz des Entwurfs, freundliche Unkenntnis vor: „Ich würde gern dazu Stellung nehmen; das setzt allerdings voraus, daß ich dieses Papier von Ihnen erhalten würde."

Doch von Brauchitsch verließ sich nicht nur auf Biedenkopf. Er korrespondierte im September 1978 auch mit seinem früheren Unternehmerkollegen Ernst Albrecht, damals bereits Ministerpräsident in Niedersachsen, über anstößige Stellen im Entwurf für das CDU-Programm. Der Inhalt des Antwortbriefs des Ex-Bahlsen-Managers Albrecht wird dem vielbeschäftigten Flick-Manager durch sein Büro in Form eines „Postauszuges" am 15. 9. 1978 übermittelt. Geheimnisvoll heißt es darin, Albrecht teile die Bedenken „wegen Ziffer 69 des Entwurfs". Er werde „sich bemühen, noch eine Änderung zu erreichen".

Das ist den beiden Gesinnungsfreunden in vollem Umfang gelungen. Ziffer 69 des Programmentwurfs war dem Thema Mitbestimmung gewidmet und enthielt für von Brauchitsch unerhörte Sätze.

„Wir wollen die gleichberechtigte Kooperation der im Unternehmen tätigen Kräfte, denn die Würde des arbeitenden Menschen verlangt seine Teilhabe an den Entscheidungen des Unternehmens, die die Bedingungen seiner Arbeitswelt bestimmen", hieß es da. Und: „Wir verlangen ein neues Unternehmensrecht, das ein partnerschaftliches Verhältnis von Arbeitnehmer, Kapitaleigner und Unternehmensleitung auf der Grundlage der Parität gewährleistet."

Von solcher Parität ist, ganz nach dem Willen des Flick-Hausmeisters, im Be-



tz, München

„Guten Tag Paul, ich bin demnächst wieder ein Sozialfall"

schluß des CDU-Parteitages, der vom 23. bis zum 25. Oktober in Ludwigshafen tagte, nichts mehr zu lesen. Dort steht lediglich noch der karge Satz: „Wir wollen ein neues Unternehmensrecht auf der Grundlage der Hamburger Parteitagsbeschlüsse des Jahres 1973."

Die Verankerung der reinen Lehre der Marktwirtschaft füllte das Lobbyisten-Paar Schmitz/Kanter keineswegs aus. Sie scheuten auch nicht die ganz profane Knochenarbeit, die ihrem Konzern Millionen an Steuergeld einbrachte. Im Jargon der Bonn-Vertreter hieß das: „Service" für die Unternehmen der Flick-Gruppe beim „Behördengeschäft".

Dieses „Geschäft" meint: das Ergattern von Rüstungsaufträgen und von Subventionen jeglicher Art, das Verhindern unliebsamer Gesetze, Verordnungen und Auflagen sowie das Durchsetzen solcher Gesetzesnovellen, die Flick genehm sind. Voraussetzung für solches Treiben sind gute Informationen.

Immer wieder prahlen Schmitz und Kanter in ihren Jahresberichten, mit welchem Geschick sie „vor politischen Entscheidungen" etwa „vertrauliche Studien" des Auswärtigen Amtes über die Exportpolitik, Referentenentwürfe für geplante Gesetze oder Kabinettsvorlagen herbeigeschafft hätten.

„An Herrn Dr. F. K. Flick – persönlich – unter Umschlag"

Die Kehrseite dieser Informationspolitik war das Spicken hoher Beamter und Politiker mit Flickschen Argumenten. Wenn die Berichterstatter auf diesen Teil ihrer Anfrage kommen, verfallen sie in den Geheimdienstjargon. Beispiel: „Material von FM (die Flicksche Papierfabrik Feldmühle) in BMI (Bundesinnenministerium) eingeschleust zur Beantwortung einer kleinen Anfrage ‚Entwicklung im Recycling-Papier'".

Der damalige Umweltstaatssekretär Günter Hartkopf tut die Agentenmasche von Walter Schmitz, der seine Lobbyisten-Karriere als Oberregierungsrat im Innenministerium begonnen hat, heute verächtlich ab: „Die werden einen Brief geschrieben haben."

Möglicherweise unterschätzt Hartkopf die Effektivität der privaten Zuarbeiter seines Ministeriums. Einmal zumindest wurde er Opfer ihrer Machenschaften.

In den Jahren 77/78 bemühte sich Hartkopf, Feldmühle zur Produktion umweltfreundlichen Recycling-Papiers zu bewegen – gegen den Willen der Unternehmensleitung, glaubte der Beamte.

Die zauderte nämlich lange. Ihr Argument: Solches Papier sei zu teuer, wegen seiner tristen Graufärbung gebe es keine Abnehmer. Als dann schließlich Zuschüsse flossen, begannen die Flickschen Unternehmer im Hagener Vorort Kabel mit der Produktion. Hartkopf besuchte das Werk und feierte einen Erfolg seiner Umweltpolitik.

Doch bereits in ihrem geheimen Jahresbericht 1978 berichteten Schmitz und Kanter vom Erfolg einer „von uns 1977 eingefädelten Aktion ‚Recycling-Papier' im Werk Kabel". Für Feldmühle war dieser Erfolg klar erkennbar: Mit Hilfe von Subventionen gab sich das Unternehmen einen umweltfreundlichen Anstrich.

Für Hartkopf dagegen erwies der Erfolg sich bald als Scheinerfolg. Verärgert mußte er hinnehmen, daß die Produktion des neuen Produkts nur wenige Monate nach seiner Staatsvisite bei Feldmühle wieder eingestellt wurde.

Ein Beispiel für erfolgreiche eigene Lobbyisten-Arbeit im Jahre 1973 dokumentierte Eberhard von Brauchitsch stolz in seinen „Notizen an Herrn Dr. F. K. Flick – persönlich – unter Umschlag".

In diesem Jahr hatte das Landratsamt Ravensburg gewagt, dem Feldmühle-Werk in Baienfurt strenge Umweltauflagen zu machen, um eine skandalöse Wasserverschmutzung zu begrenzen.

Noch bevor die Auflagen beschlossen waren, nahm von Brauchitsch Kontakt zu seinem „alten" Freund Adalbert Seifriz auf. Seifriz war baden-württembergischer Minister für Bundesangelegenheiten gewesen. Zu jener Zeit führte er ein Büro als „persönlicher Berater des Ministerpräsidenten Filbinger". Für von Brauchitsch sollte er nun „einmal unter der Hand prüfen, ob man nicht die ganze Angelegenheit Baienfurt auf politischem Wege regeln kann".

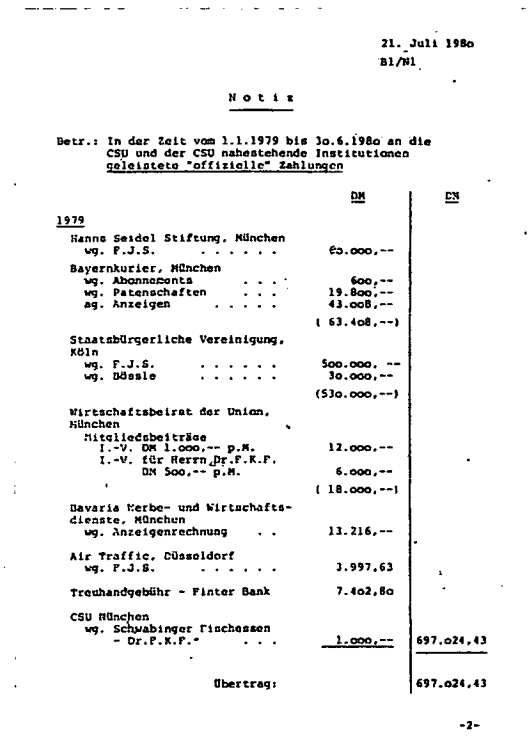
Trotz des rechtzeitigen Einsatzes von Seifriz war das Landratsamt Ravensburg nicht mehr umzustimmen. Am 29. August 1973 wurde die Verfügung gegen Baienfurt wirksam. Doch es gab ja noch höhere Instanzen. Von Brauchitsch führte ein „Spitzengespräch" mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger (CDU).

Dessen Vertrauter Seifriz berichtete dem Flick-Manager wenig später, wie dieser bei Filbinger angekommen sei, und Brauchitsch gab das Resultat stolz an Flick weiter. Das Gespräch sei „nützlich" gewesen, habe Filbinger gesagt, „weil es ihm ein Werkzeug in die Hand gegeben habe, die Angelegenheit Baienfurt positiv voranzutreiben".

Der „Ministerialdirektor Maier", ein hoher baden-württembergischer Beamter, schrieb von Brauchitsch weiter an Flick, „hat von Filbinger den Auftrag bekommen, die Ministerialbürokratie einschließlich Wasserwirtschaftsamt beim Regierungspräsidenten in Tübingen auf eine konstruktive Linie zu bringen".

Da war die Arbeit dann bald geschafft. Am 5. Oktober meldete „v. B." seinem Konzernchef Flick, die „sofortige Vollziehung der Auflagen des Landratsamtes Ravensburg gegen Baienfurt ist durch neue Verfügung . . . soeben ausgesetzt worden". Von Brauchitsch: „Damit ist das wesentliche Problem der Angelegenheit Baienfurt zunächst gelöst."

Der Rest war Routine. Helfer Seifriz kündigte einen Besuch in Düsseldorf an. Von Brauchitsch an Flick: „Wahrscheinlich will er in dem Zusammenhang eine Spende für die Deutsch-Indische Gesellschaft haben."



21. Juli 1980
B1/N1

N o t i z

Betr.: In der Zeit vom 1.1.1979 bis 30.6.1980 an die CSU und der CSU nahestehende Institutionen geleistete "offizielle" Zahlungen

	DM	DM
1979		
Hanns Seidel Stiftung, München		
wg. F.J.S.	60.000,--	
Bayernkurier, München		
wg. Abonnements	600,--	
wg. Patenschaften	19.800,--	
wg. Anzeigen	43.008,--	
	(63.408,--)	
Staatsbürgerliche Vereinigung, Köln		
wg. F.J.S.	500.000, --	
wg. Bössle	30.000,--	
	(530.000,--)	
Wirtschaftsbeirat der Union, München		
Mitgliedsbeiträge		
I.-V. DM 1.000,-- p.M.	12.000,--	
I.-V. für Herrn Dr.F.K.F. DM 500,-- p.M.	6.000,--	
	(18.000,--)	
Bavaria Werbe- und Wirtschaftsdienste, München		
wg. Anzeigenrechnung	13.216,--	
Air Traffic, Düsseldorf		
wg. F.J.S.	3.997,63	
Treuhandgebühr - Finter Bank	7.402,80	
CSU München		
wg. Schwabinger Finchessen - Dr.F.K.F.-	1.000,--	697.024,43
Übertrag:		697.024,43

-2-

Diehl-Spendenliste: Bevorzugter Platz für F.J.S.

Mit Spenden jeglicher Art war man im Hause Flick schließlich vertraut, und Barzel war ja für dies Unternehmen kein so ungewöhnlicher Einzelfall. Schon für einen der Barzel-Vorgänger hatte man was getan. CDU-Mann Kai Uwe von Hassel, Bundestagspräsident von 1969 bis 1972, erhielt am 4. Juni 1969 von der Flicktochter Feldmühle AG einen Scheck über 20 000 Mark „als Beitrag zu den laufenden Kosten" einer Hermann-Ehlers-Stiftung, deren Vorsitzender er war.

Der Präsident war im Spendenhaus Flick alter Kunde. 1962 hatte er – damals noch Ministerpräsident von Schleswig-Holstein – bereits einen Scheck über 50 000 Mark erhalten, am 9. 11. 1974 heißt es in der Spendenliste des Flick-



CSU-Chef Strauß, Förderer Flick: Zum 60. ein silbernes Pferd

Buchhalters Diehl: „wg. von Hassel 30 000,-."

Auch für Ernst Benda stand die Kasse des Hauses Flick offen. Der spätere Bundesinnenminister und Präsident des Bundesverfassungsgerichts hatte 1966 ein Buch über „Industrielle Herrschaft und sozialer Staat" bei der Göttinger Verlagsbuchhandlung Vandenhoeck & Ruprecht auf „35 000 Bogen 63 x 88 cm Terraprint . . . im Werte von DM 2400,–" drucken lassen – eine Spende von Flicks Feldmühle AG.

Selbstverständlich bedienten die Flick-Strategen auch den christdemokratischen Nachwuchs. In den Jahren 1974 bis 1981 spendete der Konzern der Jungen Union (JU) und der Schüler-Union (SU) mindestens 94 000 Mark – per steuersparender Umwegfinanzierung, versteht sich.

Das hat nicht sofort geklappt. Für die erste 10 000-Mark-Gabe stellte der damalige JU-Bundesgeschäftsführer Peter Helmes nämlich eine Spendenbescheinigung der CDU aus, was Flicks Chefbuchhalter Diehl störte. Er bat um eine gemeinnützige Adresse, die mit dem Ende der fünfziger Jahre für JU-Bildungsveranstaltungen gegründeten „Verein Robert Tillmanns Haus e.V." in Berlin rasch gefunden war (SPIEGEL 28/1984).

Dieser Verein stellte fortan die steuerwirksamen Spendenquittungen aus. Die Bonner JU-Zentrale wiederum schrieb ihrer Bildungsstätte Rechnungen über die Lieferung von allerlei Broschüren und sonstigem Material und kam auf diese Weise in den Besitz der ihr zugedachten Gelder.

Nach den Feststellungen der Berliner Staatsanwaltschaft wurden im Tillmanns Haus insgesamt 117 000 Mark gewaschen und dabei Steuern in Höhe von 58 000 Mark hinterzogen. JU-Geschäftsführer Helmes und sein Nachfolger Klaus Döhl kamen mit Geldbußen „von mehreren tausend Mark" (Berlins Justiz-Pressesprecher Volker Kähne) davon. Gegen zwei Verantwortliche des Tillmanns-Vereins ergingen Strafbefehle über insgesamt 38 000 Mark.

Das große Flick-Geld verteilte der Konzern zum Beispiel „wg. Kohl". Flick-Buchhalter Diehl hat von Hand in seine Listen unter dem Rubrum „Inoffizielle Zahlungen an die CDU" immer wieder den Namen des heutigen Bundeskanzlers eintragen müssen, erst auf Weisung seines damaligen Chefs Konrad Kaletsch (Kürzel „Ka"), dann auf Anordnung des Kaletsch-Nachfolgers von Brauchitsch (Kürzel „v.B."):

1974:	„26. 01.	Ka wg. Kohl	50 000,-"
1975:	„04. 02.	Ka wg. Kohl ü(ber) v. B.	50 000,-"
	„03. 09.	Ka wg. Kohl	100 000,-"
	„20. 11.	Ka wg. Kohl ü(ber) v. B.	50 000,-"
1976:	„13. 07.	v. B. wg. Kohl	50 000,-"
	„17. 11.	v. B. wg. Kohl	30 000,-"
1977:	„10. 05.	v. B. wg. Kohl	50 000,-"
	„04. 12.	v. B. wg. Kohl	30 000,-"
1978:	„11. 08.	v. B. wg. Kohl	25 000,-"
1979:	„19. 01.	v. B. wg. Kohl	30 000,-"
1980:	„30. 01.	v. B. wg. Kohl	50 000,-"

Wohin das ganze Geld floß, ist nicht endgültig geklärt. Sicher ist nur, daß CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep sauer auf Großspender wie Flick war, weil die nicht alles an ihn gaben, sondern nach eigenem Gutdünken auch Politiker ihrer Wahl versorgten. Lange Zeit hatte der Parteikassierer auch keinen Einblick in einen eigenen Fonds des Parteivorsitzenden, aus dem sich Kohl nach Belieben bedienen konnte.

Und die Schnorrerei nahm kein Ende. Am 3. März 1981, zwei Monate vor dem Wahlsieg des Berliner CDU-Bürgermeisterkandidaten Richard von Weizsäcker, schrieb von Brauchitsch in einer Notiz „persönlich-privat, nur persönlich zu öffnen" an Flick:

> Kohl, von Weizsäcker und Kiep haben mich gebeten, Dir die Bitte vorzutragen, den Wahlkampf der CDU für die Senatswahlen in Berlin materiell zu unterstützen. Über die Bedeutung dieser Wahl kann wohl kein Zweifel bestehen . . . schlage ich Dir vor, daß Du einen Betrag von 50 TDM für diesen Zweck genehmigst.

Am 16. März 1981 wies von Brauchitsch Buchhalter Diehl an, 50 000 Mark zu überweisen.

Einen bevorzugten Platz in den „wg."-Listen des Hauses Flick nahm der CSU-Chef Franz Josef Strauß ein. Am 1. September 1976 hielt Diehl in einer Aktennotiz fest, Kaletsch habe ihn gebeten, dem Münchner Bankier Hans Heinrich Ritter von Srbik „einen Betrag von DM 10 000,- im Brief zu übersenden". Ritter von Srbik sei gebeten, „FJS diese

„wg. F. J. S. DM 500 000,-"

Summe auszuhändigen mit dem Hinweis, daß es sich hierbei um eine persönliche Zahlung von Herrn Kaletsch an FJS handelt".

Im Vorjahr war in Diehls Liste unter dem 21. 4. 1975 eingetragen: „Ka/v. B. wg. FJS 200 000,-". Danach ließ sich Konzernherr Flick, Kürzel „Dr. FKF", persönlich als Strauß-Wohltäter festhalten:

1976:	„12. 07.	Dr. FKF wg. F. J. S.	250 000,-"
1978:	„11. 07.	Dr. FKF wg. F. J. S.	250 000,-"
1979:	„24. 10.	Dr. FKF wg. F. J. S.	250 000,-"

Nebenbei wurden laut Notiz vom 15. Januar 1981 auch mal 50 000 Mark von der Flick Industrie-Verwaltung „für den Erwerb von Büchern – F. J. S. Freiheit" gezahlt. Oder es gingen 1976 an die „MTM-Aviation, München wg. Charterflugrechnung F. J. S. DM 10 577,72".

Und weiter steht in der Liste „‚offizielle' Zahlungen" vom 15. Januar 1981:



FDP-Chef Genscher, Förderer von Brauchitsch*: „Besonders vertraulich (möglichst nach Lektüre vernichten)"

1977: „Hanns Seidel Stiftung wg. F. J. S. DM 100 000,-"
„Air Traffic, Düsseldorf wg. Charterflugrechnung u. a. F. J. S. (anteilig) 2 735,08"

1978: „Staatsbürgerliche Vereinigung Köln wg. F. J. S. DM 500 000,-"
„Hanns Seidel Stiftung, München wg. F. J. S. DM 60 000,-"

1979: „Hanns Seidel Stiftung, München wg. F. J. S. DM 60 000,-
„Staatsbürgerliche Vereinigung, Köln wg. F. J. S. DM 500 000,-"
„Air Trafic Düsseldorf wg. F. J. S. DM 3 997,63"

1980: „Hanns Seidel Stiftung, München wg. F. J. S. DM 60 000,-"

Aufmerksamkeiten am Rande waren, wie in einer Notiz an von Brauchitsch vom 12. Juni 1975 festgehalten, ein Präsent zum 60. Geburtstag „für Herrn Strauß ein silbernes Pferd, Meister Jeremias Ritter, Nürnberg etwa 1640–45, Kostenpunkt DM 60 000,- + zehn Prozent MWST.".

Natürlich war der so reichbedachte Bayer zu Hilfen bereit. In einer Notiz an Flick vom 5. Januar 1979 hielt von Brauchitsch fest, daß der bayrische Ministerpräsident sich in einem Streit mit dem damaligen Präsidenten des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen, Walter Rieger, zugunsten von Flick verwenden wollte.

Solche Hilfe war wichtig, denn zum Jahreswechsel 1975/76 hatte Flick der Deutschen Bank 29 Prozent der Mercedes-Aktien für 1,9 Milliarden Mark verkauft. Eigentlich hätte der Konzern davon über die Hälfte an Körperschaftssteuer zahlen müssen. Aber da gab es ein Schlupfloch: den Paragraphen 6 b des Einkommensteuergesetzes.

Danach konnte Flick die Steuern sparen, wenn er das Geld nur „volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig" wieder anlegte. Das mußte der Bonner Wirtschaftsminister, nach Rücksprache mit dem Finanzminister, bescheinigen – und diese Bescheinigung strebte Flick auch für den geplanten Einstieg beim Versicherungskonzern Gerling an. Dabei wollte Strauß, so von Brauchitsch, helfen:

> Wenn ich auch nicht glaube, daß sich Rieger erfolgreich gegen die nunmehr anstehende 6b-Bescheinigung wenden kann, so wäre es sicher nützlich, das Angebot von FJS anzunehmen und – wenn ein Gespräch zwischen Dir, FJS und Rieger nicht unverzüglich möglich ist – FJS zu veranlassen, auf schnellstem Wege Rieger mitzuteilen, daß er, FJS, die am 2. 11. 1978 getroffene Regelung unverändert für richtig und förderungswürdig hält.

Die Unterstützung von FJS wurde auch gebraucht, als sich Flick mit dem Münchner Rüstungskonzern MBB zusammentun wollte. Für ein Gespräch Flicks mit FJS notierte von Brauchitsch am 19. 2. 79: Nachdem es für möglich gehalten werde, „aus Bayern unseren 6b-Antrag wegen MBB zu unterstützen, wäre es gut, von FJS die Zusage zu erhalten, daß der Ministerpräsident dieses Vorgehen gutheißen würde".

Und weiterhin erhielt Flick den Rat mit auf den Weg: „Herausfinden, ob

„Ich habe mitgeteilt, daß wir auf Auslandsreise sind"

Zimmermann (stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU und Verteidigungsexperte), mit dem wir bekanntlich eine anwaltschaftliche Beratung haben, in Bonn helfen könnte wegen ‚volkswirtschaftlich förderungswürdig'."

Für Zimmermann hat der Flick-Konzern dann 1980 auch was getan: Laut Notiz vom 15. Januar 1981 wurden „für den Erwerb von Büchern – Zimmermann ‚Anspruch' DM 24 700,-" gezahlt.

* Mit Ehefrauen Barbara Genscher (2. v. l.) und Helga von Brauchitsch.

Doch bei aller Liebe zu Franz Josef, nach außen hin schien von Brauchitsch in Zeiten der sozialliberalen Herrschaft Zurückhaltung geboten. So riet er seinem Obersten Flick:

> Wir müssen einfach befürchten, daß „der Hochseilakt", mit dem wir uns in dieser Schlußrunde 6b befinden, zu einer Abstinenz führt, wenn die Linken Argumente finden, daß sich unser Haus im Wahlkampf pro CDU/CSU/FJS engagiert. Meine Auffassung hierzu klingt vielleicht etwas feige, insbesondere weil sie meiner inneren politischen Auffassung zuwiderläuft, aber schließlich steht ja für unser Haus eine Menge auf dem Spiel.
>
> *Unabhängig davon, daß wir natürlich* unterderhand alles tun, um der CDU/CSU einen möglichst hohen Erfolg zu ermöglichen, wird uns wohl nichts anderes übrig bleiben, als jede spektakuläre Begleitung der CDU/CSU vor dem 5. 10. zu vermeiden. Die Teilnahme an Geburtstagsfeiern für FJS halte ich für ungefährlich, aber ich fürchte, daß jedes Mehr zum oben bezeichneten Risiko führen kann.
>
> 1. P.S.
>
> Inzwischen haben wir heute hierüber telefonieren können. Auf Deine konkrete Frage würde ich Dir unter Berücksichtigung des all oben Gesagten doch abraten, zur Zeit irgendwelche Erklärungen zugunsten von unserem Freund abzugeben. Auch die Wiedergutmachungsaktion für das Hamburger Verlagshaus hat durchaus Zeit bis nach dem 5. 10. und muß ja nicht zwingend mit dem Thema FJ verbunden werden.
>
> 2. P.S.
>
> Soeben kommt über Dr. Kiesewetter eine Anfrage für einige markige Worte in der WamS *(„Welt am Sonntag", d. Red.)* anläßlich des Geburtstages von FJS. Ich habe mitgeteilt, daß wir auf Auslandsreise und nicht erreichbar sind.

Das schloß aber nicht aus, daß der Konzern heimlich zum Unions-Kanzlerkandidaten 1980 hielt. Am 21. Januar 1980 ging wieder eine Von-Brauchitsch-Notiz an Flick:

> Nach den mir vorliegenden Informationen hat sich FJS in letzter Zeit zunehmend mit dem Thema BDI-Präsident befaßt. Auch er plädiert einerseits für die Verlängerung

Rodenstock für die Jahre 1981/82. Andererseits häufen sich aber aus der Quelle CSU öffentliche Angriffe gegen Rodenstock wegen dessen zu positiver Haltung im Verhältnis zu Bonn, insbesondere im Wahljahr.

Am Dienstag, dem 22. 1. 1980, ist FJS am frühen Abend zu Gast beim BDI-Präsidium. Es handelt sich um einen routinemäßigen Besuch, der in gewissen Abständen von führenden Politikern beim BDI-Präsidium durchgeführt wird. Ich selber werde bei dem Gespräch anwesend sein, um ggf. Strauß Hilfestellung zu geben, falls Rodenstock törichte Erklärungen abgibt.

Ich werde auch anwesend sein, wenn am Mittwoch, dem 23. 1. 1980, Herr Sammet* einige Leute der Industrie mit FJS zusammenbringt, um über die Unterstützung von FJS im Wahlkampf zu beraten.

Auch für den Chef des Wunschpartners FDP, Hans-Dietrich Genscher, notierte die Flick-Buchhaltung Üppiges. Laut Aktenvermerk vom 24. 8. 1979 gingen 1976 an die „Friedrich-Naumann-Stiftung wg. Genscher DM 100 000,-", im folgenden Jahr an dieselbe Adresse „wg. Genscher DM 500 000,-" und 1978 wieder an die Stiftung nochmals „wg. Genscher DM 500 000,-".

Am 7. August 1980 besuchte von Brauchitsch den Außenminister in seinem Bonner Privathaus. Über das Gespräch mit Genscher notierte von Brauchitsch unter „Besonders vertraulich (möglichst nach Lektüre vernichten)" für die Herren der Konzernspitze zum Thema der Steuerbefreiung nach 6 b, die immer noch in den Behörden nicht endgültig durch war:

Genscher ist bereit zu helfen.

Genscher wird auf Uelner (Unterabteilungsleiter Steuer im BFM) einwirken.

Die Schilderung von Genscher über Uelner deckt sich mit unseren Erfahrungen: Uelner ist ein brillanter Steuersystematiker, aber gleichzeitig auch puritanischer Gerechtigkeitsfanatiker. Mit dieser Eigenschaft trifft er sich – obwohl parteipolitisch altliberal – mit Böhme und Spöri.

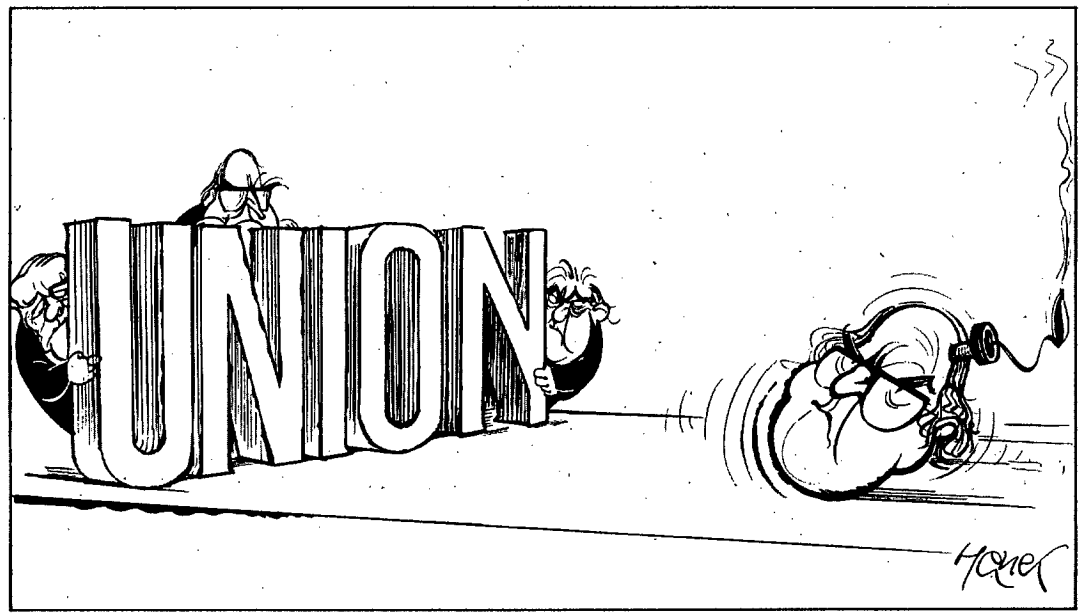
Genscher glaubt dennoch, ein „Packende" für die Einwirkung auf Uelner zu haben.

Genscher, der die politische Freundschaft in Bonn vor den Wahlen naturgemäß auch beobachtet, traut sich ein abschließendes Urteil über die Haltung von Matthöfer zu diesem Zeitpunkt in unserer Sache nicht zu.

Genscher glaubt zwar den Zusagen Matthöfers, unsere Sache für richtig zu halten und ihr deshalb zustimmen zu wollen, Genscher empfiehlt aber andererseits, die derzeitige Übersensibilität der führenden sozialdemokratischen Politiker und ihre Sorgen vor der Konfrontation mit der Parteibasis nicht zu unterschätzen. Deshalb ist Genscher unabhängig von uns zu der Erkenntnis gekommen, mindestens darüber nachzudenken, ob es nicht für uns hilfreich sei, die ganze Sache über den 5. Oktober hinaus zu verzögern.

Genscher geht davon aus, daß sich am 5. Oktober die jetzige Bonner Konstellation nicht nachhaltig ändert. Erfahrungsgemäß sei die Phase zwischen der Wahl und der Regierungsbildung/Koalitionsvereinbarung besonders geeignet: „gemeinsame Leichen aus dem Keller zu tragen".

Genscher hat mir für den Fall der Verzögerung über den 5. Oktober hinaus zugesagt – die von ihm erwartete Konstellation unterstellt – dann den Versuch zu machen, unsere Sache auf kaltem Wege zur Erledigung zu bringen. Naturgemäß konnte Genscher eine Garantie für den Erfolg nicht geben . . .



P. S. Nach Fertigstellung dieser Notiz hat mich Genscher angerufen und mich über das soeben beendete Gespräch mit Lambsdorff wie folgt informiert:

Lambsdorff rät dringend davon ab, durch neue Initiativen in den Verfahrensprozeß einzugreifen und die Sache damit absichtlich über den 5. Oktober zu verzögern. Jede Intervention über die Fachabteilungen bürge das Risiko in sich, daß neue negative Sachargumente gegen unseren Antrag konstruiert werden.

Steckt also Genscher sehr viel tiefer im Lambsdorff-Sumpf, als bisher bekannt ist?

Fast die gesamte erste Garnitur Bonns taucht in den Notizen von Brauchitschs auf. Letzte Woche noch standen die so Bloßgestellten – notgedrungen – zusammen. Aber Kohls Überlebensregel Nummer eins, Konflikte seien auszusitzen, half in der Affäre Barzel nicht weiter:

▷ Hält der Kanzler den Bundestagspräsidenten, dann schwärt der Skandal bis in das Landtagswahljahr 1985. Jeder Auftritt des zweiten Manns im Staat in der Öffentlichkeit bringt den Grünen mehr Stimmen und nährt den Verdacht von Komplizenschaft.

▷ Läßt Kohl ihn fallen, kommt Barzels Rücktritt einem Schuldeingeständnis gleich. Keiner glaubt dann mehr, daß Kohl mit Flicks Freikauf nichts zu tun gehabt habe.

Am Dienstag vergangener Woche stellte sich der CDU/CSU-Fraktionschef Alfred Dregger vor den bedrängten Kollegen Barzel.

Es sei ja gerade Aufgabe von Parlamentariern, Einfluß auf Entscheidungen der Regierung zu nehmen, sagte Dregger vor der Fraktion. Man solle sich bloß hüten, irgend etwas dazu beizutragen, „daß wir unsere eigene parlamentarische Tätigkeit kriminalisieren".

Datenschutz dürfe es im übrigen nicht nur beim neuen Personalausweis geben, so Dregger weiter, sondern Datenschutz müsse es auch für Abgeordnete geben, die in solche Akten geraten seien und nun, ohne Bezug zum eigentlichen Beratungsthema, in die Mühle des Bundestagsuntersuchungsausschusses kämen.

So sprach ein mutmaßlich Betroffener. In Diehls Listen wird Dregger bei den „inoffiziellen Zahlungen" so aufgeführt:

1974: „6. 11. Ka wg. Dregger DM 50 000,-". 1975: „Dr. Schmitz (Stabstellen-Repräsentant, d. Red.) wg. Dregger DM 20 000,-"

Und bei den „offiziellen Zahlungen" taucht sein Name ebenfalls auf:

1976: „Staatsbürgerliche Vereinigung wg. Dr. Dregger, Fulda DM 20 000,-", „Rechnung der Fuldaer Zeitung wg. Dr. Dregger, Fulda DM 9 621,81".

Daß die Staatsanwaltschaft von Brauchitsch auf die Spur kam, war Zufall. Erst so wurde deutlich, wie das große Geld in Bonn mitregiert.

Brauchitsch sei Dank.

* Vorstandsvorsitzender der Hoechst AG.